



Ausgabe Nr. 17
Januar 2012



FREIE WÄHLER

Redaktion:
Arno Ulrichs &
Udo Grubert

Impressum: Herausgeber Landesverband **FREIE WÄHLER NIEDERSACHSEN**
V.i.S.d.P. Arno Ulrichs, Leeger Weg 42, 26632 Simonswohle, arno.ulrichs@ewetel.net

„Nach der Wahl ist vor der Wahl“ 2012 nutzen für weitere kommunale Verankerung und Vorbereitung der Landtagswahl



Liebe FREIE WÄHLERinnen und FREIE WÄHLER in Niedersachsen,

das Jahr 2011 mit der Kommunalwahl liegt hinter uns. Für uns als Vertreter der Wählergemeinschaften war das das wichtigste Ereignis der letzten Jahre – und in den meisten Fällen auch von Erfolg gekrönt. Im Jahre 2012 stehen wir niedersachsenweit vor der Aufgabe, uns noch stärker kommunal aufzustellen und damit das Vertrauen zu rechtfertigen, das die Wählerinnen und Wähler in uns gesetzt haben. Diese Aufgabe darf niemand auf die leichte Schulter nehmen – denn errungenes Vertrauen kann auch schnell wieder verspielt werden. Und wir müssen jeden Tag vor Ort aufs Neue beweisen, dass wir anders Politik machen als die Parteien.

Für die meisten von uns bringt 2012 noch eine weitere große Aufgabe mit sich: Die FREIEN WÄHLER wollen am 11. Februar auf ihrer Landesmitgliederversammlung in Ronnenberg bei Hannover (10.30 Uhr, Hotel Öhlers) über die Teilnahme an der Landtagswahl im Januar 2013 beschließen. Der Landesvorstand hat einen entsprechenden Beschlussantrag vorgelegt, es gibt viel Zuspruch für eine Kandidatur der FREIEN WÄHLER – aber die eigentliche Arbeit beginnt erst danach: Denn ohne die breite Unterstützung der Wählergemeinschaften kann eine Landtagskandidatur in einem Flächenland wie Niedersachsen nicht erfolgreich sein.

Umso mehr freuen wir uns, dass es auf den vier Regionalkonferenzen im November bereits Unterstützungssignale aus einer Reihe von Wählergemeinschaften gegeben hat. Nun werben wir um weitere Unterstützer, damit wir unser von direkter Demokratie, Bürgerbeteiligung und Transparenz geprägtes Politikmodell auch in den Landtag einbringen können.

Dabei bekommen wir gleich zu Anfang prominente Unterstützung: Am Nachmittag des Tages der Landesmitgliederversammlung findet unser Neujahrsempfang statt. Dazu hat sich nicht nur der Bundesvorsitzende und Fraktionsvorsitzende im Bayerischen Landtag, Hubert Aiwanger angesagt. Wir erwarten auch den früheren Präsidenten des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) Hans-Olaf Henkel. Mit ihm signalisieren wir, dass wir die Sorgen der Bevölkerung um die Euro-Schuldenkrise ernst nehmen.

Ich freue mich auf das Treffen mit Hubert Aiwanger und Hans-Olaf Henkel, vor allem aber mit den vielen FREIEN WÄHLERinnen und FREIEN WÄHLERN aus Niedersachsen.

Arno Ulrichs, Landesvorsitzender

Kommunale Beteiligungskultur: Konsequenzen für die lernende Verwaltung. Terminhinweis/Einladung: Difu-Seminar am 19. und 20. März 2012 in Berlin

Die Beteiligung der Stadtgesellschaft an der Stadtentwicklung verändert sich - so legen es die Debatten und Folgen nicht nur aus Stuttgart 21 nahe. Diskutiert, formuliert und eingefordert werden veränderte Formen und neue Qualitäten in Beteiligungsprozessen und Planungsverfahren.

Die neue Dynamik der Bürgerbeteiligung hat - sofern sie ernst genommen wird - erhebliche Konsequenzen für die Kommunen, und zwar nicht nur in ihrem Handeln nach außen, d.h. bei der Konzeption und Organisation von Beteiligungsprozessen, sondern auch nach innen. Die durchaus engagierten und guten Aktivitäten einzelner Verwaltungsressorts werden nur selten verwaltungsübergreifend abgestimmt und koordiniert, so dass die Ansätze bislang zumeist unverbunden nebeneinander stehen und auch nicht immer allen relevanten Ressorts und Fachabteilungen bekannt sind. Kommunikation und Kooperation zwischen unterschiedlichen Ressorts müssten verbessert, Kompetenzen für partizipative Verfahren innerhalb der Verwaltung gefördert werden.

Kommunen benötigen, kurz gesagt, mehr Ressourcen, mehr Wissen und integrativere Organisationsstrukturen. Diese Innenperspektive der Verwaltung gerät bei der Diskussion um Partizipationsprozesse noch zu wenig ins Blickfeld, obwohl hier ein wichtiger Schlüssel zum Erfolg liegt. Sie steht daher im Mittelpunkt des Seminars, in dem folgende Fragen

diskutiert werden sollen:

Wie sollten Kommunikation und Kooperation innerhalb der Verwaltung verlaufen?

Wie kann das Interesse an partizipativen Verfahren innerhalb der Verwaltung gesteigert werden?

Wie können erfolgreiche "Beteiligungsprojekte" in eine kommunale Planungskultur überführt werden?

Was bedeutet dies für Organisation, Ressourcen und Finanzen?

Leitung:

Dr. rer. pol. Stephanie Bock,
Dr. rer. soc. Bettina Reimann,
Deutsches Institut für Urbanistik

Teilnehmerkreis:

Führungs- und Fachpersonal aus den Bereichen Stadtentwicklung, Stadterneuerung und -umbau, Stadtplanung und -sanierung, Landschaftsplanung und Freiraumentwicklung, Aufsichts- und sonstige Fachbehörden; Ratsmitglieder, Planungsbüros, Sanierungsträger, Projektentwicklungsgesellschaften

Veranstalter und Veranstaltungsort:

Deutsches Institut für Urbanistik gGmbH,
Zimmerstr.13-15 (Eingang 14-15), 10969 Berlin,
U-Bahn: Kochstr. oder Stadtmitte

Ansprechpartnerin/Fragen zur Veranstaltung:

Ina Kaube Tel.: 030/39001-259
Fax.: 030/39001-268
E-Mail: kaube@difu.de

Für mehr Transparenz!



Kommunen reagieren auf den demographischen Wandel Landkreis Osnabrück: Ganzheitlich denken - strategisch agieren

Der Landkreis Osnabrück hat 2003 als einer der ersten erkannt, dass dem demographischen Wandel nicht mit Einzelmaßnahmen, sondern nur mit einer Gesamtstrategie beizukommen ist.

Nahezu alle Verwaltungsressorts tragen nun dazu bei, die gemeinsamen Ziele umzusetzen.

Dabei geht es um sechs Handlungsfelder:

- Ein kinderfreundliches Lebensumfeld bieten
- Neubürger integrieren
- Infrastrukturen wandelbar machen
- Siedlungen und Standorte an sinkenden Bedarf anpassen
- Lebenslanges Lernen und altersgerechte Arbeitswelt fördern
- Öffentliche Dienstleistungen dem veränderten Bedarf anpassen

Zunächst wurden die regionalen Akteure über Trends und Folgen des demographischen Wandels informiert und sensibilisiert. In einem zweiten Schritt wurden Verbündete für Kommunikation und Netzwerkarbeit gesucht. Alle berührten Fachdienste, Referate und Beteiligungsgesellschaften wurden für die Zusammenarbeit gewonnen. In allen sechs Handlungsfeldern wurden gemeinsam mit anderen regionalen Akteuren mehr als 25 Projekte durchgeführt. Heute hat sich das Thema Demographischer Wandel im Landkreis Osnabrück als Querschnittsthema etabliert und wird mit spannenden Projekten konkretisiert.

Mehr Informationen finden Sie unter

<http://www.demographiekonkret.de/>

[demographischer_Wandel_als_zentrale_Herausforderung.89.o.html](http://www.demographiekonkret.de/demographischer_Wandel_als_zentrale_Herausforderung.89.o.html)



„Existenzfragen kommunaler Selbstverwaltung“

Denkschrift des Niedersächsischen Städtetages

Die Wirtschaft brummt; gleichzeitig stehen viele Städte und Gemeinden Niedersachsens vor dem finanziellen Kollaps: Allein in den 6 Jahren 2009 bis 2014 werden die niedersächsischen Kommunen mit fast 7,5 Mrd. € Defizite anhäufen, die noch um zwei Drittel höher liegen als die gesamten Fehlbeträge der 19 Jahre von 1990 bis 2008 (4,6 Mrd. €). Dieses scheinbare Paradox erklärt die Anfang 2011 veröffentlichte **Denkschrift „Existenzfragen kommunaler Selbstverwaltung – kommunale Finanzlage im Gesamtbild“** des Niedersächsischen Städtetags (NST).

Das Fazit der Langzeitanalyse: Das Rekorddefizit ist Ausdruck einer langfristigen politischen Fehlentwicklung, die sich immer weiter beschleunigt. Dabei sieht der kommunale Spitzenverband als Kernursachen für die nie gekannte Dimension des Problems:

- Permanent seien den Kommunen durch Bund und Land per Gesetz neue Aufgaben zugewiesen worden.
- Nur selten hätten diese dafür einen echten finanziellen Ausgleich beschlossen.
- Gegen diese Tendenz aber könnten sich Städte und Gemeinden faktisch nicht wehren.

Begünstigt werde sie durch den nicht ausreichenden Schutz der Kommunen im Grundgesetz und in der Landesverfassung: Ihnen fehlten nämlich harte Schutzregeln in den Verfassungen, um die kommunale Selbstverwaltung wirksam zu schützen.

Dieser Konstruktionsfehler habe mittlerweile dramatische Folgen: 1970 betrug die kommunalen Investitionen noch das Achtfache der Sozialausgaben, inzwischen nur noch gut die Hälfte. So sei die kommunale Selbstverwaltung zum Lastesel des unterfinanzierten und überforderten Sozialstaats geworden. Frank Klingebiel, Oberbürgermeister von Salzgitter und Präsident des NST: „Wir haben einen Punkt erreicht, an dem es kein ‚Weiter so‘ nach Gutdünken und Kassenlage von Bund und Land mehr geben darf. Wir brauchen in unserer Landesverfassung die gericht-

feste Garantie einer krisenfesten finanziellen Mindestausstattung.“

Zugleich sieht der NST das Land und seine Kommunen als Schicksalsgemeinschaft, weil ein erheblicher Teil der Probleme und Risiken auf Bundesebene und im Bereich politisch sensibler Themenfelder liege. Keine Seite könne die bisherigen Probleme und künftigen Risiken wie Demographie, Schuldenbremse und Zinsentwicklung allein bewältigen. „Deshalb müssen wir enger zusammen rücken. Natürlich ist die Diskussion um die Gewerbesteuer für uns wichtig. Und sicher gehen Ansätze wie Zukunftsvertrag und Konnexitätsprinzip in die richtige Richtung. Aber Stückwerk reicht nicht mehr aus. Wir fordern die Landesregierung dazu auf, den Dialog mit uns über die großen Finanzthemen erheblich zu vertiefen und verstetigen“, fordert Ulrich Mädge, Oberbürgermeister von Lüneburg und Vizepräsident des NST. In einem solchen, dauerhaft eingerichteten Gremium sei eine regelmäßige gemeinsame Analyse der Lage und Handlungsmöglichkeiten auf Einnahme- und Ausgabenseite möglich. Längerfristig wirkende Themen wie die Schuldenbremse oder finanzpolitische Auswirkungen der demografischen Entwicklung müssten einbezogen werden.

„Die Kommunen müssen ihre Finanzautonomie wiedererlangen, sonst werden Schuldenbremse, Demographie oder Zinsentwicklung mittelfristig die Axt nicht nur an die kommunale Selbstverwaltung, sondern auch an den Föderalismus legen: Wenn die Bürger nämlich das Vertrauen in die örtliche Demokratie verlieren, bedroht das unser ganzes Staatswesen“, so Frank Klingebiel, Präsident des NST, abschließend.

Zum Download der Denkschrift:

http://www.nst.de/media/custom/359_90_1.PDF?1294302614?La=1&object=med|359.90.1

VKU lehnt Kartellrecht für Gebühren ab

Der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) lehnt die Forderung des Bundeskartellamtes, die kartellrechtliche Kontrolle auf Gebühren auszudehnen, ab: Die Trinkwasserversorgung in Deutschland obliegt den Städten und Gemeinden. "Sie treffen im Interesse der Bürgerinnen und Bürger vor Ort die Entscheidung, wie diese Versorgung organisiert sein soll", so VKU-Hauptgeschäftsführer Hans-Joachim Reck. Dabei stehen ihnen grundsätzlich auch zwei Modelle zur Verfügung, wie die Beziehung zu den Kunden geregelt wird: privat-rechtlich mit Preisen oder öffentlich-rechtlich mit Gebühren. Beide Systeme stehen selbständig nebeneinander und sind mit einer funktionierenden Kontrolle durch Behörden und Gerichte im Sinne der Verbraucher ausgestattet.

"Für die Forderung, im laufenden Novellierungsverfahren für das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) die kartellrechtliche Kontrolle auch auf Gebühren auszudehnen, fehlt damit die sachliche Grundlage. Für einen solchen Schritt fehlt dem Gesetzgeber auch die verfassungsrechtliche Kompetenz. Außerdem müsste er sich fragen lassen, wo er hier eine Grenze ziehen will. Sollen auch Gebühren für Kitas und kommunale Musikschulen zukünftig der Kontrolle der Kartellbehörden unterliegen?", so Reck abschließend.

(VKU-Pressemitteilung vom 5. Dezember 2011)

Ratgeber „Sparen in der Kommune“ und „Kommunalfinanzen von A-Z“ Bund der Steuerzahler hilft beim Verstehen und Sparen

Die Finanzsituation vieler Städte, Gemeinden und Landkreise zwischen Elbe und Ems ist desolat und besorgniserregend. Deshalb legt der Bund der Steuerzahler Niedersachsen und Bremen pünktlich zu den Haushaltsberatungen in den Kommunen die Neuauflagen seiner Broschüren „Sparen in der Kommune“ und „Kommunalfinanzen von A-Z“ vor.

Im Haushaltsjahr 2012 ist erstmals niedersachsenweit in den Gemeinden das Neue Kommunale Rechnungswesen (NKR) anzuwenden. Der Wechsel von der bisherigen Kameralistik zur doppelten Buchführung markiert einen wichtigen Wendepunkt im kommunalen Haushalts- und Rechnungswesen. Die Doppik bringt viele neue Begrifflichkeiten mit sich, die im Taschenlexikon „Kommunalfinanzen A-Z“ praxisnah und verständlich erläutert werden. Die Broschüre widmet sich aber auch anderen zentralen Begriffen der Finanzwirtschaft. Gleichfalls ist das zum 1. November 2011 in Kraft getretene Niedersächsische Kommunalverfassungsgesetz mit berücksichtigt worden.

Welche vielfältigen Möglichkeiten es zur Haushaltssanierung gibt, zeigt dagegen die Broschüre „Sparen in der Kommune“ in über 80 Seiten auf. Es werden über 100 praxiserprobte Spartipps vorgestellt, die sich auf sämtliche kommunale Leistungsbereiche beziehen. Des Weiteren plädiert die Schrift für interkommunale Zusammenarbeit und thematisiert Schuldenbremsen in Kommunen.

Die Schriften können beim Bund der Steuerzahler Niedersachsen und Bremen e.V. per Mail (niedersachsen-und-bremen@steuerzahler.de) oder per Telefon (0511 515183-0) bestellt werden.

Baukonjunktur weiter robust - Allerdings: Sorgenkind öffentlicher Bau

Die baukonjunkturelle Entwicklung zeigt sich auf Grundlage der vom Landesbetrieb für Statistik und Kommunikationstechnologie in Niedersachsen sowie des Statistischen Landesamtes Bremen veröffentlichten Zahlen auch nach Ablauf des dritten Quartals 2011 recht robust. Ausnahme ist allerdings der öffentliche Bau, der sich nach Einschätzung des Bauindustrieverbandes Niedersachsen-Bremen derzeit zum Sorgenkind entwickelt.

So sind die Auftragseingänge im Verbandsgebiet in den ersten drei Quartalen dieses Jahres insgesamt um 6,4 Prozent gestiegen. Der Wohnungsbau und der Wirtschaftsbau konnten mit 31,3 Prozent bzw. 15 Prozent deutliche Zuwächse gegenüber dem Vorjahreszeitraum verbuchen.

Ganz anders ist die Situation im öffentlichen Bau. Dort gingen die Auftragseingänge im Hochbau um 11,1 Prozent und im Tiefbau um 21,1 Prozent zurück. Lediglich der Straßenbau blieb mit einem geringen Minus von 0,8 Prozent bei den Auftragseingängen in etwa stabil.

Die Entwicklung lässt sich nicht allein mit dem Auslaufen der Investitionsprogramme aus dem Konjunkturpaket II erklären. Mögliche Gründe für die Investitionszurückhaltung trotz gestiegener Steuermehreinnahmen sind möglicherweise Befürchtungen im Hinblick auf die Schuldenbremse und die Entwicklung der Steuereinnahmen bei insgesamt nachlassender Konjunktur.

Das Streichen von Investitionen gefährdet indes die Qualität des Wirtschaftsstandortes Niedersachsen und Bremen in erheblichem Maße. Öffentliche Bauinvestitionen lösen nicht nur in der Bauwirtschaft, sondern auch in vorgelagerten Wirtschaftsstufen weitere Investitionen aus, die wiederum zu Beschäftigung und Steueraufkommen beitragen. Kürzungen sollten daher auf den konsumtiven Bereich konzentriert werden, auch wenn Streichungen dort politisch schwerer durchzusetzen sind als bei investiven Maßnahmen.

(Pressemitteilung des Bauindustrieverbandes Niedersachsen-Bremen vom 5. Dezember 2011)



Bürgerwille statt Parteibrille!



FREIE WÄHLER GANDERKESEE • Allersteler Weg 13 A • 27777 Ganderkesee

Bürgermeisterin der Gemeinde Ganderkesee
Frau Alice Gerken-Klaas
Möhlenstraße 2-4
27777 Ganderkesee

FREIE WÄHLER GANDERKESEE

Christian Marbach
Ratsmitglied

Am Schlehdornbusch 7
27777 Ganderkesee

Tel.: 0151-56077447
christianmarbach@fw-ganderkesee.de

Ganderkesee, 27.12.2011

Antrag: Wetterderivate

Sehr geehrte Frau Gerken-Klaas,

die Freien Wähler beantragen, dass der Einsatz von Wetterderivaten zur Stabilisierung der Zahlungsströme und Absicherung von Risiken geprüft wird.

Die Gemeindeverwaltung wird gebeten, das Thema in Zusammenarbeit mit Fachleuten aus Kreditinstituten kurz und pragmatisch aufzubereiten und das Ergebnis vor Beginn der kommenden Freibadsaison im Fachausschuss vorzustellen.

Mit freundlichen Grüßen

Christian Marbach

Anlage

Fortsetzung nächste Seite

Zur Nachahmung empfohlen ...

Versicherung gegen schlechtes Wetter

FW wollen Einnahmen absichern

GANDERKESEE (LAU). Die Freien Wähler (FW) beantragen, dass fürs Freibad der Einsatz von Wetterderivaten zur Stabilisierung der Zahlungsströme und Absicherung von Risiken geprüft wird. Ein Wetterderivat ist ein Finanzinstrument, bei dem meteorologische Daten wie etwa die Temperatur oder Niederschlagsmengen als Basiswert verwendet werden. Wetterderivate werden in der Regel zwischen einer Bank oder Versicherung und einem Unternehmen abgeschlossen, wobei das Unternehmen sein Wetterrisiko auf die Bank transferiert.

„Als Betreiber von Freien und Hallenbädern unterliegt die Gemeinde Ganderkesee sehr stark dem Risiko, dass die Anzahl der Besucher und somit der Umsatz vom Wetter ab-

hängt. Bei gutem Wetter kommen viele Besucher und bei schlechtem Wetter lediglich wenige regelmäßige Besucher wie Früh- und Dauerschwimmer, die zudem überwiegend vergünstigte Eintrittspreise zahlen“, wirbt FW-Ratscherr Christian Marbach für eine Versicherung der Gemeinde gegen schlechtes Wetter und macht eine Beispielrechnung auf: Zahlungszeitpunkt 1. Oktober, abhängig von der Anzahl der Tage unter 20 Grad Celsius, Messzeitraum 1. Mai bis 1. September. „Bei 120 Tagen lagen beispielsweise 70 Tage unter den angegebenen 20 Grad, so dass am 1. Oktober ein geringeres Saisonergebnis erwirtschaftet wurde, jedoch aus dem Wettervertrag eine Versicherungszahlung von 120.000 Euro erhalten wird“, rechnet Marbach vor.

Quelle: Delmenhorster Kreisblatt

Gegen schlechtes Wetter versichern

Freie Wähler stellen Antrag

Ganderkesee (jbr). In einem Antrag an Bürgermeisterin Alice Gerken-Klaas regt Ratscherr Christian Marbach von den Freien Wählern an, dass die Gemeinde prüfen möge, die Einnahmen im Freibad und in der Sauna über sogenannte „Wetterderivate“ absichern zu lassen, sich im Prinzip also gegen schlechtes Wetter zu versichern. „Das aus dem Betrieb des Freibades zu erwirtschaftende Ergebnis kann dadurch über Jahre hinweg bezüglich der bisher realisierten Schwankungen aufgrund des Wetters relativ konstant, und damit kalkulierbar gehalten werden“, argumentiert Marbach in seiner Begründung. Aufgrund der Tatsache, dass prinzipiell alle Betreiber von Freibädern vom Wetter abhängig seien, könnten lokale und regionale Kooperationen genutzt werden, um die Kosten einer Absicherung mit Wetterderivaten zu reduzieren und eine bessere Verhandlungsposition, sowie übergreifende Kompetenz durch fachlichen Austausch zu erhalten, so der Politiker. Ferner weist er darauf hin, dass die entsprechenden Produkte von kompetenten Finanzspezialisten kalkuliert werden müssten.

Quelle: Weser Kurier



Henkel & Aiwanger

**Für eine
stabile Euro-Politik**

Am 11.02.2012 um 15:00 Uhr in der
KGS-Ronnenberg, Am Sportpark 1

www.freie-waehler-deutschland.de